

# Schulen bereiten sich auf geflüchtete Kinder vor

Die Gemeinde Allschwil sucht per Inserat eine Lehrperson für eine ganze fremdsprachige Primarklasse.

Auch in der Region Basel sind in den vergangenen Tagen geflüchtete Familien mit Kindern aus der Ukraine angekommen. Wie viele es sind, wie viele noch kommen werden und was das für die Schulen bedeutet, ist schwierig abzuschätzen. Eine exakte Statistik der Kantone fehlt derzeit noch, auch weil viele Geflüchtete bisher privat untergebracht wurden.

Beim Basler Erziehungsdepartement (ED) sind bereits Anträge von geflüchteten Familien zur Einschulung von Kindern eingegangen: «Bisher sind es Einzelfälle», sagt Sprecher Simon Thiriet. Bei diesen wird die Einschulung auf dem gewöhnlichen Weg organisiert, wie sie bei der Einreise von Kindern aus

anderen Nationen gilt. Diese Kinder werden zum Teil in die Regelklassen integriert, zum Teil in Einführungsklassen direkt unterrichtet. Doch für das ED ist klar: «In den nächsten Wochen werden wir nicht mehr von Einzelfällen sprechen. Dann ist ein koordiniertes Vorgehen wichtig», sagt Thiriet.

Auf dem Stellenportal des Kantons Baselland sorgte gestern eine Stellenanzeige der Gemeinde Allschwil für Aufsehen: Darin wird an der Primarschule eine Klassenlehrperson für eine fremdsprachige Mehrjahrgangsklasse mit Flüchtlingskindern gesucht. In der bevölkerungsreichsten Basler Gemeinde scheint bereits klar, dass die heutigen Strukturen nicht genügen

werden. Weitere Infos waren vorerst nicht erhältlich: Der Allschwiler Gemeinderat entscheidet formell erst am Mittwoch über das weitere Vorgehen.

## Kanton Baselland prüft psychologische Angebote

Auch in Reinach, der zweitgrössten Basler Gemeinde, sei die Schulleitung an den Vorbereitungsarbeiten zur Aufnahme von geflüchteten Kindern, sagt Vizegemeindepräsidentin Béatrix von Sury d'Aspremont. Weitere Informationen stellt sie für die kommenden Tage in Aussicht. Die kantonale Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ist für einmal eher in einer Nebenrolle: «Die Anmeldung und der Einschulungsprozess der geflüchteten Kinder laufen primär via Gemeinden», sagt BKSD-Sprecherin Fabienne Romanens. Als Träger der Sekundar- und der Mittelschulen ist der Kanton aber für mögliche zusätzliche Angebote zuständig.

Laut Romanens laufen derzeit Gespräche mit einem ukrainischen Verein für einen Auftrag zum Unterricht der heimatlichen Sprache und Kultur (HSK). Auch prüfe der Kanton zusätzliche psychologische Angebote an den Schulen für allfällig traumatisierte Kinder und Jugendliche aus dem Kriegsgebiet. Generell gilt für Flüchtlingskinder die Schulpflicht, sobald absehbar ist, dass sie länger als zwei Monate im Land bleiben. (haj/elk)